

Rotkraut 20—25, Weißkraut 15, Belschkraut 20, Rosenkohl 60, Grünkohl 30, Spinat 40—45, Zwiebeln 25, Kartoffeln 6, Nessel 10—30, Rüsse 50—70, Wein 100—120 Pfg. das Pfd.

Königsbrück. (Die Elektrizität im Haushalt.) Gelegentlich eines Vortrages über die Elektrizitätsversorgung der Stadt Königsbrück erklärte der Direktor Korf vom Elektrizitätsverband Gröba, daß in Königsbrück zum ersten Male in größerem Umfang ein Versuch gemacht werden solle, wieweit sich der Bedarf elektrischer Energie für Haushaltzwecke entwickeln lasse. Der Strom für Kochzwecke soll so billig werden, daß sein Gebrauch auch für die kleinen Leute möglich wird.

Baugen. (Sein 40jähriges Dienstjubiläum) beging am Mittwoch der Vorstand des hiesigen Bahnhofs, Herr Bahnhofsoberinspektor Buck. Aus diesem Anlaß wurden ihm seitens des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg, des Generaldirektors der Reichsbahn, der Reichsbahndirektion, der Betriebsdirektion Dresden II, des Hauptvorstandes des Beamtenvereins der vorm. Sächsischen Staatsbahn sowie des Personals des Bahnhofs Baugen herzlichste Glückwünsche und geschmackvolle Geschenke überbracht. (Beförderung.) Herr Regierungsbaurat Herzog bei der Reichshauptmannschaft Baugen ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 als zum Oberregierungsbaurat befördert worden.

Dresden. (Hauptversammlung des Sächsischen Junglandbundes.) Der Donnerstagabend vereinte im Rahmen der Grünen Woche den Sächsischen Junglandbund und viele seiner Freunde im großen Saal des Gewerbehauses zu seiner 7. ordentlichen Hauptversammlung, die durch musikalische Darbietungen, durch Ansprachen und vor allem durch das ländliche Festspiel „Dorfbilder“ sich zu einem wirklichen Festabend gestaltete. Zwei frische Märche, gespielt von der Musikkapelle ehemaliger Militärmusiker unter Leitung des Obermusikmeisters und Stabstrompeters Stöck, leiteten den Abend ein. Ihnen folgte eine kurze Begrüßungsansprache und die Erstattung des Jahresberichts durch den Bundesvorsitzenden. Stehend sang die Versammlung das Bundesfarbenlied. In seiner Festrede „Landjugend heraus“ schilderte Reichstagsabgeordneter Gutsbesitzer Logemann-Hannover eindringlich die Not des Vaterlandes, die Not der deutschen Landwirtschaft und Laadvolkes. Immer nach einem verlorenen Krieg sei das Volk zuerst wieder hochgekommen, dessen Regierung sich darauf besonnen habe, daß es eine gesunde Landwirtschaft brauche, und die Landwirtschaft, das Bauerntum gelte es auch jetzt in Deutschland wieder gesund zu machen und gesund zu erhalten. Wenn auch Grund genug zum Pessimismus vorhanden sei, so dürfe doch gerade der Bauer und vor allem der Jungbauer nicht nachlassen in dem Kampf um die Scholle und in dem Glauben an die Zukunft. Für den Bauern, der nie viel Worte gemacht habe, gelte es mehr denn je: „Bete und arbeite!“ Im Reichstag kämpfte man jetzt um das Reichsschulgesetz, das dem deutschen Volke die Befreiungsschule, die einzig mögliche für Deutschland, bringen solle, denn ohne Religion gehe es nun einmal nicht. Der Redner ermahnte die Junglandbundmitglieder zur Einigkeit und Treue zur Scholle. — Nach einer kurzen Ansprache des zweiten Vorsitzenden des Junglandbundes, der eine Kundgebung verlas und das Trengelöbnis des Sächsischen Junglandbundes für Volk und Vaterland ablegte, überbrachte Direktor Feldmann die Grüße des Landbundes und ein weiterer Redner die der Landwirtschaftskammer. — Den festlichen Teil des Abends bildete das Festspiel „Dorfbilder“ von Schuldirektor Uhlig Lanter, das in bunter Reihe begleitet von Einzel- und Gruppengesängen liebe schlichte Darstellungen aus dem bäuerlichen Leben brachte. — Mit einem Schlussworte des zweiten Bundesvorsitzenden fand der harmonisch verlaufene Abend sein Ende.

Dresden. (Das 20. Jahrhundert, das Jahrhundert der Kirche?) Ueber dieses Thema sprach vor einer zahlreichen Zuhörerzahl in der Freien Volkskirchlichen Vereinigung Studienrat Professor Dr. A. Fischer. Er führte u. a. aus: Man kann schon vom Jahre 1526 an von „evangelischen Kirchen“ sprechen, wenn es auch erst seit dem Umsturz 1918 evangelische Kirchen gibt, die nach jeder Seite hin unabhängig sind. Eine evangelische Kirche ist nicht, wie die römische Kirche, auf Bischofsamt, Bekenntnis und Inspirationsdogma, sondern allein auf Jesus und seine Botschaft gegründet. Alle menschlichen Zutaten und Einrichtungen sind geschichtlich bedingt. Die Bibel muß die Grundlage der Predigt bleiben, aber die Kirche muß taktvoll und ehrlich das Volk zum rechten Verständnis der Heiligen Schrift erziehen. Viele ernste Christen stehen positiv zum Geist des Neuen Testaments, lehnen aber das sogenannte „Apostolische Glaubensbekenntnis“ in seinem Wortlaut ab. Es ist daher als Zwangsbekenntnis fallen zu lassen oder durch eine schlichte Formel zu ersetzen oder endlich nur in seiner großen Linie als verpflichtend anzuerkennen, zumal nach Luther Konzilien irren können. Es gibt auch große christliche Gemeinschaften ohne Bekenntnis. Es ist grundsätzlich auch im kirchlichen Leben stete Fortentwicklung zu fordern in Kultus und Verfassung. So ist eine Befruchtung unseres Gesangbuches durch religiöse Dicht der Gegenwart dringend nötig. Das 20. Jahrhundert ist insofern das Jahrhundert der Kirche, als sich die kirchlichen Energien sammeln und die Aufgaben der Kirchenwelt umfangreicher und gewaltiger geworden sind. Die Religion Jesu Christi ist unvergänglich, wohl aber ist die Zukunft der Kirche problematisch. Abgesehen von der wirtschaftlichen und inneren Not der Kirche ist die Zahl der Träger kirchlicher Energien zurzeit sehr klein. In der sächsischen Landeskirche ist die zunehmende Schematisierung, z. B. durch das Konfirmationsgesetz, eine ernste Gefahr für die Volkstümlichkeit der Kirche. Den Intellektuellen und der Arbeiterklasse muß es innerlich möglich gemacht werden, sich als Glieder der Landeskirche zu fühlen. Eng ist die Sekte, die Kirche ist weit. Wenn die evangelische Kirche eine Zukunft haben will, muß sie sozial, weit, wahrhaftig und gegenwartsgemäß sein.

Dresden. (Amerikanischer Besuch.) Der frühere Bürgermeister von Philadelphia, Kendrick, traf von Berlin kommend, in Dresden ein. Nach dem Empfang durch den Oberbürgermeister Dr. Blüher und einem Frühstück besichtigte Bürgermeister Kendrick in Begleitung des Oberbürgermeisters und einiger Behördenvertreter städtische Einrichtungen Dresdens. Von Dresden aus wird Kendrick sich nach Benedig begeben.

Vodwitz. (Schwerer Grubenunfall.) In der Braunkohlengrube Friedländer ist im Abraumtrieb der Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. ein leerer Kohlenzug mit einem in voller Fahrt befindlichen beladenen Kohlenzug zusammengestoßen. Der Anprall war so heftig, daß die Führerstände beider Lokomotiven ineinandergedrückt wurden. Auf der einen Lokomotive wurde der Lokomotivführer und der Heizer getötet, auf der zweiten der Lokomotivführer schwer verletzt und der Heizer erlitt einen Nervenschlag. Die Leichen der beiden Getöteten mußten mit Schneidbrennern aus den ineinandergeschobenen Maschinen herausgeschnitten werden.

Glauchau. (Aufwertung der Sparkasseneinlagen.) Wie der Erste Bürgermeister, Dr. Schimmel, bei Erstattung des Verwaltungsberichts für 1927 bekanntgab, ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Aufwertung der Sparkasseneinlagen mit 25 Prozent erfolgt.

Weißbach b. Zwickau. (Schadenfeuer.) In der Scheune und im Schuppen des Anwesens von Gutsbesitzer Kriegmann brach ein Schadenfeuer aus, dem in kurzer Zeit die Scheune mit sämtlichen Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen zum Opfer fielen. Drei Wehren, eine aus Wiesenburg und die beiden Weißbacher, konnten den Schuppen retten.

Warnsdorf. (Die gefährlichen Auspuffgase.) Durch Gase des Auspuffrohrs eines Autos getötet wurde in Bad Schlag bei Gablonz der 17 Jahre alte Anstreicherehrliche Anton Antelmann. Er stieg in einer Garage ein Auto an. Bei Beginn der Arbeit hatte der Lehrling den Motor des Autos abgestellt und war darauf unter das Auto gekrochen, um auch den unteren Teil zu lackieren. Das Einatmen der Gase des Auspuffrohrs hat den Tod des Burschen herbeigeführt, der kurze Zeit nach Beginn der Arbeit als Leiche aufgefunden wurde.

Die sächsische Regierung und das Reichsschulgesetz.

Im Bildungsausschuß des Reichstages hat bei der Debatte um das Reichsschulgesetz der sächsische Ministerialdirektor Pösch Angaben über die Befassung gemacht, die der sächsischen Regierung durch die Durchführung des Reichsschulgesetzes entstehen würde. Wie aus Kreisen der Reichsleitung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes erklärt wird, hat der sächsische Finanzminister Weber, der bekanntlich dieser Partei angehört, in einem Schreiben an die Reichsleitung der Partei erklärt, daß die zahlenmäßige Errechnung der Mehrkosten vom Volksbildungsministerium erfolgt ist und von ihm in seiner Eigenschaft als Finanzminister nicht nachgeprüft werden konnte.

Er hat in dem Schreiben jedoch erklärt, daß der vom Volksbildungsministerium errechnete Mehrbetrag vom Sächsischen Staate und von der sächsischen Wirtschaft nicht getragen werden kann, und verlangt, daß das Reich die Mehrkosten übernehmen oder den Ländern den Ausgleich beim Finanzausgleich gewähren müsse. Wie weiter bekannt wird, ist die sächsische Landtagsfraktion der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes der Ansicht, daß so erhebliche Mehrkosten bei weitem nicht entstehen können, und sie ist weiter der Meinung, daß die Kosten, die sich auf mehrere Jahre verteilen, im Interesse der Wiedereinführung der Volksschule getragen werden müssen. Jedenfalls legt die Fraktion den größten Wert auf die Durchführung des Reichsschulgesetzes.

Der Abgeordnete Behold hat dem Minister Weber in einem Schreiben geantwortet, daß die endgültige Stellungnahme der Partei zwischen der ersten und zweiten Lesung erfolgen werde, wenn sich die finanzielle Auswirkung des Gesetzes klar übersichten ließe. Es sei selbstverständlich, daß die Erfüllung der kulturpolitischen Forderungen nicht mit großen Neubelastungen für den deutschen Mittelstand verbunden sein dürfen. Zwischen der ersten und der zweiten Lesung wird noch eine persönliche Aussprache zwischen der Reichstagsfraktion der Reichspartei des Mittelstandes und der sächsischen Mittelständler erfolgen.

Die Aufgabe der Landfrau.

Von der 8. Grünen Woche in Dresden. Die im Rahmen der Grünen Woche abgehaltene 11. Hauptversammlung des Verbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine nahm den Tätigkeitsbericht der Geschäftsführerin des Verbandes entgegen, der ein Bild gab von der umfassenden Arbeit, die die Organisation in verflochtenen Jahren geleistet hat. Besondere Erwähnung verdient hier die neugegründete hauswirtschaftliche Versuchswirtschaft.

die dartin soll, wie gerade im Kleinbetrieb sparsam umgegangen werden kann. Auch von einem starken Ausbau der bestehenden Wohlfahrtsinstitutionen gab der Bericht ein anschauliches Bild. Im Anschluß an diesen Bericht hielt Pfarrer Mühlhausen (Leipzig) einen Vortrag über die erzieherischen Aufgaben der Landfrau, die zuerst auf häuslichem Gebiete, d. h. in der Erziehung der Kinder, liegen. Nicht das letzte Ziel dieser von großer Liebe getragenen Erziehung müsse es sein, in dem Kinde die Liebe zur heimatischen Scholle wachzurufen und zu erhalten. Dem Personal aber müsse die Landfrau leuchtendes Vorbild in der Pflichterfüllung sein; Worte allein genügen aber nicht, der Eindruck ihrer Persönlichkeit und ihres Handelns sei unentbehrlich für die Herausbildung von Persönlichkeiten.

Tagesfragen der sächsischen Schafzucht.

Innerhalb der Grünen Woche hält auch der Landesverband Sächsischer Schafzüchter seine Hauptversammlung ab. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß dem Verband jetzt 96 Herden mit 20 000 Stück Vieh angehören. Die sächsische Wolle habe gute Preise erzielt. Auch in der Fleischproduktion sei eine Qualitätsverbesserung erreicht worden. Nach dem für die Schafzucht erfolgreichen Jahre 1927 sei zu erwarten, daß die gute Konjunktur auch fernerhin anhalte.

Professor Dr. Gols (Leipzig) hielt dann einen Vortrag über „Tagesfragen der sächsischen Schafzucht“. Er verzeichnete zwar trotz der günstigen Woll- und Fleischpreise einen starken Rückgang der Stückzahl der Schafe; Sachsen habe noch 72 000 Stück bei einem Bestand von 4 Millionen in ganz Deutschland. Trotzdem sei die Schafzucht heute rentabler als die Zucht anderer Tiere. Der Konsum von Hammelfleisch müsse gesteigert und eine einwandfreie Qualitätsware auf den Markt gebracht werden. Selbstverständlich müsse für solche erstklassige Fleisch auch der entsprechende Preis bezahlt werden. Besondere Aufmerksamkeit müsse der Landwirt auch der Wollerzeugung sowie ihrer Verwertung entgegenbringen und sich dabei genau über die Wollverfeinerungen informieren. Sachsen habe auf der letzten Auktion hinsichtlich der Preise an der Spitze gestanden.

Um die Förderung des Siedlungswesens.

Beitragende Vorschläge. Berlin. Der Reichstagsausschuß für Landwirtschaftliches Siedlungswesen und Pachtverträge nahm einen vom Unterausschuß gestellten, vom Ausschuß durch einige Zusatzanträge ergänzten Antrag an. Hiernach soll die Reichsregierung u. a. ersucht werden, die landwirtschaftliche Siedlung nachhaltig mit dem Ziel zu fördern, daß möglichst vielen tüchtigen Siedlungsanwärtern, auch solchen, die nur geringe Anzahlungen zu leisten imstande sind, die Möglichkeit zum Erwerb einer Siedlerstelle gegeben ist. In weit größerem Umfang als bisher sind

kleinere Stellen für Landarbeiter und Handwerker auszuliegen, soweit Existenzmöglichkeiten vorhanden sind. Weiter soll die Reichsregierung ersucht werden, der Auswahl der Siedler besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nur ausgesucht tüchtige Siedler sind zur Ansetzung zu bringen. Neben der Ansetzung einheimischer Siedler sind auch Bewerber aus anderen Gegenden zu berücksichtigen. Bewerber um Arbeiterstellen können Einrichtungen bis zum Betrage von 1000 M. gewährt werden, die unverzinslich sind und vom sechsten Jahre ab mit höchstens zwei vom Hundert getilgt werden.

18 Millionen Mark Kredite für die Milchwirtschaft.

Berlin. Im Verlauf der Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Minister Schiele, es sei ihm gelungen, für die Förderung der Milchwirtschaft vom Reichsfinanzminister einen weiteren Zwischenkredit in Höhe von 10 Millionen Mark zu erhalten, so daß den Ländern für diese Zwecke jetzt 18 Millionen Mark zur Verfügung stünden.

Weitergabe von Falschgeld ist strafbar.

Im Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform wurde der Abschnitt Falschmünzerei behandelt. Dem § 217, der die Weitergabe falschen oder verminderten Geldes, das als echt eingenommen wurde, mit Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht, wurde mit einer Veränderung zugestimmt, nach der die Höchststrafe von sechs Monaten auf drei Monate herabgesetzt wurde.

Die Sperrung des Pfälzer Waldes.

Ein Schritt des Reichskommissars für die besetzten Gebiete. Koblenz. Wie verlautet, hat sich der Reichskommissar für die besetzten Gebiete bei dem französischen Oberkommandeur in Mainz für die Aufhebung der militärischen Sperrmaßnahmen im Pfälzer Wald verwendet. Das Oberkommando antwortete, daß ihm die Umstände der Sperrung nicht bekannt seien, da es sich um die Maßnahme einer örtlichen Militärstelle handele; es sagte jedoch eine Untersuchung der Angelegenheit zu. Die Verkehrsbehinderungen im Pfälzer Wald durch die Sperrung sind so schwerwiegend, daß es der Landesregierung fast unmöglich gemacht ist, ihre landwirtschaftliche Tätigkeit auszuüben.

Polnische Unverschämtheit in Deutschland.

Deuthen. In dem Dorfe Markowitz bei Ratibor, das bekanntlich den deutschen nationalen Reichstagsabgeordneten Pfarrer Wolff stellt, fand eine öffentliche Gemeindeversammlung statt, die der polnische Gemeindevorsteher Bozjet trotz Protestes der deutschen Gemeindevorsteher in polnischer Sprache leitete. Dieses unverschämte Auftreten der polnischen Minderheit im deutschen Oberschlesien dürfte wohl dazu führen, daß sich die Aufsichtsbehörden einmal mit diesem famosen Gemeindevorsteher näher beschäftigen.

Belgiens Wirtschaftskampf gegen Frankreich.

Paris wird unruhig. Paris. Die ständig wachsende Erregung der öffentlichen Meinung Belgiens über die Hartnäckigkeit, mit der die französische Regierung an ihrem Verlangen nach einer radikalen Reduktion der Zollsätze für die französischen Weine, Seidenwaren und Automobile festhält, auf der anderen Seite aber die von Brüssel gewünschten Konzessionen für die Erzeugnisse der belgischen mechanischen Industrie ablehnt, hat in Paris peinlichstes Aufsehen erregt und den Handelsminister Bokanowski veranlaßt, den französischen Pressevertretern gegenüber Erklärungen abzugeben. Bokanowski äußerte sich recht optimistisch über den Gang der Verhandlungen und meinte, er verstehe „absolut nicht“ die Erregung der belgischen Presse.

Arbeiten und sparen!

Dr. Luther rechnet mit einem jährlichen Fehlbetrag von 4 Milliarden im Reichshaushalt. — Gewaltige Kundgebung des 9. schlesischen Landbundes.

Dreslau. Auf dem 9. schlesischen Landbundtag, der in Breslau stattfand, und demart stark besucht war, fand eine Parallelsammlung abgehalten werden mußte, ergriff Reichsminister a. D. Dr. Luther das Wort zu dem Thema „Landwirtschaft tut not“. Er führte u. a. aus: Deutschland ist ein Land, das ohne Landwirtschaft aus volkswirtschaftlichen und nationalen Gründen nicht bestehen kann. Selbst England, das immer als typisches Land der Industrie bezeichnet wird, hat in seinem britischen Weltreich eine ausgedehnte Landwirtschaft, die es von den anderen Ländern dank seiner großen Flotte unabhängig macht.

Wir brauchen insbesondere eine nationale Volkswirtschaft, denn der Vertrag von Versailles hat neue Staaten gebildet, die neue volkswirtschaftliche Interessen haben und